

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 19 (1999)
Heft: 37

Artikel: "Wirtschaftsflüchtlinge" aus der Türkei : Schweizer Exportwirtschaft und Vertreibung der kurdischen Bevölkerung
Autor: Dietziker, Joerg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651659>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 28.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

„Wirtschaftsflüchtlinge“ aus der Türkei

Schweizer Exportwirtschaft und Vertreibung der kurdischen Bevölkerung

Provinz Batman, Türkei, Frühjahr 1998. Ein Helikopter rattert im Tiefflug über Cicekli am Tigris, unweit der türkisch-irakischen Grenze. Da packt Mazlum endgültig seine Habseligkeiten und verschwindet in Richtung Adana. Von dort schlägt er sich weiter durch zum Ferienort Antalya am Mittelmeer, wo er in einem Restaurant Arbeit sucht, um seine Familie durchzubringen. Aus dem Helikopter wird ausnahmsweise nicht geschossen; er bringt auch keine Soldaten zur Bekämpfung der kurdischen Guerilla in die Berge. Bauingenieure und Vertreter der türkischen Wasserbehörden zählen aus der Luft die Dörfer, die hier überflutet werden sollen. Viele Dörfer sind bereits verlassen, einige niedergebrannt. Dennoch rechnen Sulzer Hydro und ABB Schweiz, dass noch gegen 20'000 Bauern in der Umgebung hausen, wo sie den zweitgrössten Staudamm der Türkei bauen wollen.

Chiasso, Herbst 1998. Mehmet, Mazlums Cousin aus Cevizli, reist illegal über die grüne Grenze und stellt in Chiasso ein Asylgesuch. Bei sich trägt er nur einen Koffer und die Hoffnung, hier zu finden, was ihm in der Türkei genommen worden ist: das Recht auf ein anständiges Leben. Derweil gewährt der Schweizer Bundesrat am 30. November der Sulzer Hydro und ABB eine Exportrisikogarantie (ERG) in der Höhe von 470 Millionen Franken für die elektromechanischen Komponenten des zu bauenden Ilisu-Staudamms nahe der türkisch-irakischen Grenze. „Sag den Schweizer Firmen, dass wir diesen Damm nicht wollen“, gab ein paar Monate zuvor der Bewohner einer Höhle der Kleinstadt Hasankeyf am Tigris und Besitzer von ein paar Stück Vieh, Ahmet Karadeniz, dem Schweizer Journalisten, der zu Besuch weilte, mit auf den Weg.

Karadeniz stellte auf Subsistenzwirtschaft um, nachdem wegen dem UN-Embargo gegen den Irak 1991 der grenzüberschreitende Handel völlig zum Erliegen gekommen war. Mehmet reichte das nicht mehr zum Leben – und er reiste in die Schweiz. Damit tat er – despektierlich als „Wirtschaftsflüchtling“ bezeichnet – im Prinzip nur, was die Neoliberalen als neue Befähigung im Zuge der Globalisierung von immer mehr Menschen fordern: flexibel und mobil sein, individuelle Verantwortung übernehmen, ein persönliches Risiko eingehen. Was von Arbeitslosen hier in den EU-Ländern selbstverständlich gefordert wird – immer längere Wege bei der Suche nach Arbeit zurückzulegen –, gereicht Mehmet, der noch viel längere Strecken hinter sich bringen musste in der Hoffnung auf eine meist schlechtbezahlte Arbeit, nur zu wüsten Vorwürfen. Vertrieben von seinem Land, mitverursacht durch Schweizer Investitionen, wird er wie ein Betrüger empfangen; für die SVP hierzulande ein typischer „Sozial-Schmarotzer“.

Blick zurück, Davos, 30. Januar 1984. Am Davoser Management-Symposium (heute World Economic Forum) verkündete der damalige türkische Ministerpräsident Turgut Özal, dass ein Schweizer Konsortium unter Führung von Sulzer Hydro den Auftrag zum Bau eines der grössten Wasserkraftwerke der Welt erhalten werde. Die Federführung für die Finanzierung des Atatürk-Staudamms übernahm im Rahmen eines internationalen Bankenkonsortiums die damalige SBG (heute UBS). Sie knüpfte die Bereitstellung der Exportfinanzierung allerdings – wie beim Ilisu-Staudamm vierzehn Jahre später – an die Bedingung, dass der Bundesrat eine Exportrisikogarantie (ERG) gewähre. Der Auftrag für die Schweiz im Wert von 960 Millionen Franken wurde mit einer ERG von 480 Millionen Franken abgesichert. Über 60'000 Kurden mussten ihre angestammten Siedlungen verlassen. Entschädigt wurde nur unzureichend, und so wanderten viele als „Wirtschaftsflüchtlinge“ nach West-Europa.

Dasselbe war schon beim weiter oben am Euphrat gebauten Karakaya-Staudamm geschehen, der seit 1989 in Betrieb ist. Eine mehrere hundert Millionen Franken hohe staatliche ERG sicherte das Länderrisiko Türkei für private Investoren aus der Schweiz ab. Viele Einheimische mussten ihr Land verlassen. Und noch ein viertes Mal sollte sich die Staudamm-Geschichte wiederholen. Für das Projekt Coruh-Deriner im Hinterland von Trabzon in der Nordosttürkei gewährte der Bund 1997 eine ERG von 340 Millionen Franken. SBC Warburg Dillon Read des damaligen Schweizerischen Bankvereins garantierte einen Finanzierungsvertrag von 445 Millionen Franken für Beteiligungen von ABB, Sulzer Hydro und Hydro Vevey Stucki.¹ Die Riesenbetonmauer von Coruh-Deriner wird im Jahr 2005 fertiggebaut sein, zwei Jahre vor dem geplanten Bauende des Ilisu-Staudamms in Kurdistan.

Exportrisikogarantie für den „Garten Eden“

Will man den türkischen Behörden Glauben schenken, dienen diese gewaltigen Investitionen im alten Mesopotamien der Verwirklichung des Traums, das kurdische Südostanatolien in einen „Garten Eden“ zu verwandeln. Die UNO und die Weltbank hingegen fürchten um die Stabilität in der Region, weil es um die immer knapper werdende Ressource Wasser zwischen der Türkei, Syrien und Irak geht und deshalb zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen könnte. Im Oktober 1998 liess die türkische Regierung Zehntausende von Soldaten entlang der syrischen Grenze aufmarschieren und drohte, das Land militärisch anzugreifen, wenn Damaskus die Unterstützung für die kurdische Arbeiterpartei (PKK) nicht einstelle. Schon 1991 drosselte die Türkei während des Golfkriegs den Wasserzufluss zum Irak mit Billigung der NATO-Alliierten. Rund 5,5 Millionen irakische Bauern, die seit Generationen in der Nähe des Euphrat wohnen, wurden von diesem Wasser-Imperialismus betroffen. In Syrien war es eine ähnlich grosse Zahl. Vor allem seit 1993 die letzte Einheit Sulzer-Turbinen des Atatürkstaudamms in Betrieb genommen worden ist, leidet Syrien unter Ausfällen bei

der Stromproduktion, und syrische Bauern klagen über landwirtschaftliche Schäden.² Dessen ungeachtet forciert die Türkei in den kurdischen Gebieten den Staudammbau.

Diese Dämme sind alle Teil des an pharaonische Zeiten erinnernden Südostanatolienprojekts (Güneydogu Anadolu Projesi, GAP). Das GAP ist mit über 32 Milliarden Dollar das grösste Infrastruktur- und Industrieprojekt in der türkischen Geschichte. 22 Dämme und 19 Kraftwerke entlang von Euphrat und Tigris werden, so die Regierungspropaganda, das Gebiet in eine Kornkammer verwandeln. Der neue „fruchtbare Halbmond“ Mesopotamiens hat eine Fläche von 75 Tausend Quadratkilometern. Das sind zehn Prozent der türkischen Gesamtfläche oder 1,8-mal die Fläche der Schweiz. Schweizer Firmen sind bis heute mit ihren Milliardeninvestitionen mit Abstand die grössten ausländischen Investoren des GAP (Economic Dialogue Turkey, 1997). Seit dem Ilisu-Entscheid des Bundesrates vom Herbst 1998 entfällt beinahe ein Drittel aller Bundesgarantien – 2,4 Milliarden Franken – auf die Türkei (Erklärung von Bern, 1998). Erst seit kurzem scheinen israelische Firmen aufzuholen. Nach der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen CIA-Mossad-MIT (türkischer Geheimdienst) bei der Auslieferung des Kurdenführers Abdullah Öcalan von Kenia an die Türkei im Februar 1999 haben nach Angaben der pro-kurdischen Zeitung „Özgür Politika“ (10. April 1999) kürzlich 67 israelische Unternehmen Vorzugsbedingungen erhalten beim Landerwerb in der GAP-Region und bei Wasserverträgen.

Die Region ist für das internationale Kapital äusserst interessant. Die neun Provinzen im Einzugsgebiet des GAP – Adiyaman, Batman, Diyarbakir, Gaziantep, Kilis, Mardin, Siirt, Sanliurfa und Sirnak – werden den internationalen Wirtschaftsführern als „Goldgruben“ angepriesen. Das amerikanische Handelsministerium bezeichnete die GAP-Region vor Jahren als „schnell wachsende Region und als einen der zehn weltweit grössten aufstrebenden Märkte (emerging markets)“. Als Basis für Investitionen dient ein Masterplan, aufgrund dessen für die kurdischen Gebiete eine umfangreiche Datenbank über ökonomische, soziale, politische und religiöse Strukturen angelegt worden ist (Republic of Turkey, State Planning Organization 1990). Gemäss Volkszählung von 1990 leben 9,1 Prozent der türkischen Gesamtbevölkerung in der GAP-Region. Das jährliche Bevölkerungswachstum betrug in den vergangenen zwei Jahrzehnten durchschnittlich 2,9 Prozent (gesamttürkischer Durchschnitt 2,4 Prozent). Die neun Provinzen verzeichnen indessen alle einen drastischen Bevölkerungsverlust durch erzwungene Migration. Die Region ist eine der am wenigsten entwickelten in der Türkei und seit Jahren Kriegsgebiet. In den vergangenen 15 Jahren zerstörte die türkische Armee über 3000 kurdische Dörfer und zwang über 3 Millionen Menschen – meist Bauern mit ihren Familien – ihr Land zu verlassen (Türkischer Menschenrechtsverein, IHD 1997).

Um die Notwendigkeit einer Entwicklung der Region zu unterstreichen, veröffentlichte der türkische Industriellenverband (TÜSIAD) 1998 eine wissenschaftliche Studie über das Pro-Kopf-Einkommen in den kurdischen

Gebieten (Görüs 1998). In der Provinz Mus ist dieses elfmal niedriger als in der westtürkischen Industriestadt Kocaeli. In den ärmsten kurdischen Bezirken Mus, Agri, Bitlis und Bingöl liegt das Pro-Kopf-Einkommen gemäss Studie sogar unter jenem der ärmsten afrikanischen Länder. Dennoch sieht der TÜSIAD in der Region die Voraussetzungen für einen zukunftssträchtigen Markt gegeben. Der Krieg gegen die PKK müsse beendet werden, damit die Kapitalverwertungsbedingungen besser werden. Die Türkei hofft dank GAP auf eine Zunahme der Niederlassungen und eine Erhöhung der Einkommen um den Faktor 5 in den neun Provinzen. Über 1,76 Millionen Hektaren Land werden gemäss Masterplan bewässert. Das entspricht 40 Prozent der Fläche der Schweiz. Die Bauern fahren nicht mehr nur eine Ernte pro Jahr ein, sondern fünf Ernten alle zwei Jahre. Agro-Unternehmen, so wird geplant, werden Baumwolle, Getreide, Tabak, Früchte, Gemüse und Pistazien in den Nahe Osten exportieren, ebenso nach Westeuropa, Russland, in die zentralasiatischen Republiken und den Mittelmeerraum.

Um die Städte Gaziantep, Sanliurfa und Adiyaman sind in den letzten Jahren unzählige Textilfabriken entstanden. Für spezielle Industriezonen werden grosse Landflächen ausgeschieden. Dank GAP wird die türkische Textilindustrie nach Regierungsangaben eine der konkurrenzfähigsten auf dem Weltmarkt werden. Allerdings hat die letztjährige Asienkrise diese Pläne teilweise durchkreuzt. Die USA haben 1998 ihre Baumwollüberschüsse als Folge des Verlustes von Absatzmöglichkeiten in Südostasien auch in der Türkei billig verkauft. Dennoch erwartet die türkische Regierung auch für das Jahr 1999 eine Produktionssteigerung von 795'000 auf 833'000 Tonnen Baumwolle. Folgende Plangrössen sind vorgesehen: Steigerung der Ernteerträge bei Tomaten um 700 Prozent, Baumwolle plus 600, Linsen plus 250, Weizen plus 90, Gerste plus 43, andere Gemüse plus 170 Prozent. Neben den Monokulturen werden Chemieunternehmen entstehen, zudem werden die GAP-Behörden in neue Strassen und Flughäfen investieren, damit die verderbliche Ware schneller zu den Verbrauchermärkten transportiert werden kann.

Einheimische gehen leer aus

Wer ob diesen Plan-Zahlen allerdings glaubt, dass dadurch zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen würden, lässt sich täuschen. Die türkische Regierung redet regelmässig von 3,5 Millionen neuen Arbeitsplätzen. Das GAP hat bisher aber die Landflucht eher noch beschleunigt. Land, welches in den fünfziger Jahren im Rahmen einer Landreform an die Bauern verteilt worden war, wurde diesen wieder weggenommen, um es in Grosseinheiten zusammenzufassen. Einzelne Bauern, die neu als Gutsbesitzer auf viel grösseren Ländereien arbeiten, haben es so zu Reichtum gebracht und stapfen jetzt durch die Felder wie früher die Agas aus Adana, Izmir oder Istanbul. Stolz fahren sie mit ihren Toyotas oder Nissan-Geländefahrzeugen durch die Gegend, zeigen ihr neues Status-Symbol, das Handy, und sind fest der Meinung, dass hier bald alle zu Besitz und Reichtum kommen

werden. Die Mehrheit der kurdischen und arabischen Familien (ca. 25 Prozent in Urfa sind Araber und Araberinnen) aber müht sich weiterhin Tag für Tag als Landarbeiterinnen und Landarbeiter ab und zieht in mühseliger Wanderarbeit von Feld zu Feld.

Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt, der dank GAP angeblich allen zugute kommt, lässt auf sich warten. Ein Mitglied der prokurdischen Volkspartei (HADEP), die in den Wahlen vom 18. April 1999 zahlreiche Bürgermeisterämter in den kurdischen Gebieten gewonnen hatte, sagte, dass die GAP-Behörden für Dörfer und Land, welche unter Wasser gesetzt werden, zwar Entschädigungen oder neue Wohnungen versprochen haben. Das Problem sei aber, dass die meisten Familien in den Dörfern gar kein Land mehr besäßen; einflussreiche Politiker, Industrielle und Holdings hätten dieses aufgekauft und würden nun auf die staatlichen Entschädigungen warten. Einige ehemalige Agas sind inzwischen Industrielle geworden. In den neu errichteten Textilfabriken stellen diese die ehemaligen Landarbeiter zu miserablen Löhnen an, ohne Verträge und Sozialversicherungen.

Bedeutend lukrativer als für die Landarbeiter, die über kein eigenes Land verfügen und deshalb bei den Entschädigungen leer auszugehen drohen, ist das GAP für ausländische Firmen. Als Investitionsanreiz bietet die türkische Regierung diesen Energiepreise an, die fünfzig Prozent unter dem landesüblichen Niveau liegen. Zudem erhalten Unternehmer Zollerleichterungen für importierte Investitionsgüter, Steuerfreiheit für Grund und Boden während einer zu bestimmenden Periode, Erleichterungen beim Landerwerb, reduzierte Steuersätze auf den erzielten Einkommen sowie Darlehen zu tiefen Zinsen. Die Weltbank indes bleibt gegenüber dem GAP äusserst skeptisch. Sie verweigert der Türkei für den Bau der Dämme jegliche Finanzierung, stellt aber für verschiedene Infrastrukturprojekte wie Wohnungsbau, Abfallentsorgung und Wasseraufbereitung kleinere Kredite zur Verfügung. Die Weltbank hält die Dämme entlang von Euphrat und Tigris für ein politisches, aber auch ein grosses ökologisches Risiko.

Verschiedene Bauern aus der Region Urfa bestätigen diese Einschätzung. Unsachgemässe Bewässerung kann die Böden sehr schnell auslaugen, überdies kommen grosse Mengen von Pestiziden in den Monokulturen zum Einsatz. Bereits heute sind in der sehr fruchtbaren Harranebene, die unmittelbar hinter der Provinzstadt Sanliurfa beginnt, wegen Missachtung der Erntezyklen und Überbewässerung Schäden festzustellen. Einzelne Äcker versalzen; die Flüsse Euphrat und Tigris schwemmen die eingesetzten Pestizide gleich tonnenweise nach Syrien und Irak. Das Beispiel Usbekistan am Aralsee, wo wegen jahrzehntelangem intensivem Baumwollanbau die Region heute ein Katastrophen- und Seuchengebiet ist, hängt wie ein Menetekel über dem GAP. Die Bewässerung der Baumwollfelder liess den Aralsee, einst viertgrösster Binnensee der Welt, innerhalb von drei Jahrzehnten von 1000 auf 231 Kubikmeter sinken. Zudem tragen Winde jährlich zwischen 40 und 150 Millionen Tonnen versalzten und toxischen Sandboden davon. Die Kindersterblichkeit liegt weit über dem Mittel anderer ehemaliger Sowjetrepubliken.

Angesprochen auf diese Gefahren, sagte der regionale GAP-Verwalter in Sanliurfa, dass sie entlang der syrisch-türkischen Grenze ein Auffangbecken zu bauen beabsichtigen, damit das Wasser verdunsten könne. Und geplant sei, eine spezielle Baumart zu pflanzen, die das Salz absorbieren könne. Auch an einen Kanal hätten sie schon gedacht, der das Wasser zum Euphrat zurückführt, damit es nach Syrien weiterfliessen könne. Bisher sind das allerdings nur Pläne. Ob das Geld für solche Sekundärprojekte reicht, ist fraglich. Ähnliche Projekte in früheren Zeiten zeigen, dass bei Geldknappheit regelmässig bei den Umweltauflagen gespart wird. Auch die geplanten zwei Tropeninstitute in Urfa und Diyarbakir, die die zunehmende Malaria und Leishmaniose zu bekämpfen haben, scheinen nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heissen Stein zu sein.

Um die Ängste der lokalen Bevölkerung abzubauen, hat die GAP-Hauptverwaltung in Ankara 1995 auf ein Motto der UNO zurückgegriffen: „Willst du ein Land entwickeln, investiere in die Frauen!“ In den kurdischen Zentren Sanliurfa, Mardin, Siirt, Batman, Adiyaman und Sirnak sind in den vergangenen Jahren sogenannte „Vielschichtige gesellschaftliche Zentren“ (Catom) entstanden. Frauen im Alter von 14 bis 50 Jahren können während vier Monaten gratis Alphabetisierungskurse besuchen. Während sechs Monaten werden ihnen zusätzlich Kurse in Haushaltsführung, Nähen, Konservierung von Lebensmitteln und Handarbeit für die Aussteuer angeboten. In jedem Zentrum sorgen eine Ärztin und eine Psychologin für die richtige Hygiene. Nach Angaben von Sükran Öztürk, Verantwortliche für Catom Batman, sind die Kurse ein voller Erfolg. In einem Gespräch sagte sie, das Ziel sei, die Frauen aus ihrer abhängigen Situation herauszuholen und ihr Selbstbewusstsein zu stärken. Mit dem ganz praktischen Nebeneffekt, dass diese ihre Männer von den „Vorteilen“ der Modernisierung überzeugen werden und so ein Schneeballeffekt entstehen kann. Catom sei die Antwort auf die Vernachlässigung der Frau und werde die Armut überwinden helfen.

Das Projekt läuft vorläufig bis zum Jahr 2005. Ein Zufall? Bis zu jenem Zeitpunkt müssen gemäss Masterplan alle Staudämme und Kraftwerke in Angriff genommen worden oder vollendet sein. Nicht wenige kurdische Intellektuelle befürchten, dass die Kurse zur Förderung der Frauen nichts anderes als verkappte Anpassungs- bzw. Assimilierungsmassnahmen sind. Aus Sicht der GAP-Verantwortlichen jedenfalls eine klügere Massnahme als die Verheissungen, welche in meterhohen Lettern auf vielen Hügeln in Kurdistan angebracht worden sind: „Ne mutlu Türküm diyene“ – „Glücklich, wer sagen kann, ich bin Türke“. Mittlerweile häufen sich indes Berichte (Ülkede Gündem 1998; Kurdischer Roter Halbmond 1998), dass in Catom-Zentren auch zunehmend Sterilisationen von Frauen – ohne deren Wissen – durchgeführt werden. Neben Vertreibung also auch noch Geburtenreduktion.

„Ökonomische Entwicklung“ als Aufstandsbekämpfung

Für viele kurdische Intellektuelle sind das GAP und die mit Schweizer Investitionen in Milliardenhöhe gebauten Staudämme nichts anderes als das

ökonomische Standbein der Aufstandsbekämpfung gegen die kurdische Guerilla der PKK. Dass sie recht haben könnten, zeigt auch eine neue, vom türkischen Aussenministerium herausgegebene Dokumentation mit dem Titel „PKK Terrorism“, welche nach der Flucht von Öcalan nach Italien letzten November allen ausländischen Vertretungen in Ankara und den türkischen Botschaften im Ausland verteilt wurde (Ministry of Foreign Affairs 1998). Darin wird das GAP als direkte Antwort der türkischen Regierung auf den „Terror der PKK“ dargestellt. Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Veränderung der sozioökonomischen Struktur in den kurdischen Gebieten sollte dem seit 1984 von der PKK geführten Guerillakampf der Rückhalt in der Bevölkerung entzogen werden. Gegen den kurdischen Aufstand mobilisiert der Staat demnach nicht nur Panzer und Flugzeugstaffeln (die meisten aus England, Deutschland, Frankreich und den USA), mit dem GAP und der damit geplanten wirtschaftlichen Entwicklung erhoffen sich Militär und Wirtschaftskreise eine Befriedung der „Krisenregion“ Kurdistan.

Was die kurdische Bevölkerung indes von einer derart paternalistischen, von Ankara diktierten ökonomischen „Entwicklung“ hält, haben die jüngsten Wahlen vom 18. April 1999 einmal mehr gezeigt. Das von Bülent Ecevit vor den Wahlen angekündigte und mit Millionen von Dollar geplante „ökonomische Entwicklungsprojekt für den Südosten“ blitzte in den kurdisch bewohnten Gebieten komplett ab. Ecevits Partei, die nationalistische Demokratische Linkspartei (DSP) – mit über 22 Prozent die grösste türkische Partei seit den vorgezogenen Neuwahlen vom 18. April – brachte es im Südosten (Kurdistan) fast überall nur auf zwischen ein und neun Prozent der Stimmen, ganz im Gegensatz etwa zur prokurdischen HADEP, die teilweise über 40 Prozent gewann.

Die kurdische Bevölkerung ist skeptisch geworden. Zuviele derartige „Entwicklungs-Projekte“ verliefen bis heute im Sand. Zudem haben viele Bauern Umsiedlungen hinter sich, ohne dass sich ihr Los verbessert hätte. Im Gegenteil. Zu Hunderttausenden fristen sie ein unwürdiges Dasein in den Armensiedlungen um die kurdischen und türkischen Grossstädte. Nach kurdischen Angaben haben wegen dem GAP bisher über 200'000 Menschen ihr Land verlassen müssen.³ Dorfbewohner ziehen in nahegelegene Kleinstädte, Kleinstädter in Provinzstädte oder in die westlichen türkischen Metropolen. Was mit den zahlreichen Landarbeitern und Landarbeiterinnen geschieht, die über kein Land verfügen, ist ungewiss. Die Anlageberater, welche die GAP-Verwaltung der Bevölkerung zur Verfügung stellen will, werden nur einen Teil der Betroffenen erreichen, eine kleine, neue Mittelschicht, die genügend Land besass, um mit den gezahlten Entschädigungen in der Stadt allenfalls ein Kleinunternehmen zu gründen. Was mit den andern geschieht, sofern sie die Region nicht endgültig Richtung Westen verlassen, hat ein Augenschein in Gaziantep und Urfa ergeben. Einen Teil der Dörfler vermögen die zahlreich entstandenen Textilfabriken zu absorbieren.

Die Reservearmee der Arbeitsuchenden ermöglicht es den Unternehmen aber, sie als Textilarbeiter zu miserablen Löhnen und ohne jegliche

Sozialversicherung anzustellen, bis zu 12 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche. Die Investitionen führen auch dazu, dass in Städten wie Urfa die Spekulationsmafia zusehends Baustellen kontrolliert. Pläne zur Lösung der zunehmenden Verkehrs- und Infrastrukturprobleme lassen auf sich warten. Die Zeitung „Özgür Politika“ schrieb in ihrer Ausgabe vom 10. Juli 1998, dass die fruchtbare Erde in der GAP-Region an Leute verteilt werde, welche in enger Beziehung zum Staat stünden, sowie an loyale Stammesführer, Dorfschützer und Mitglieder der ultra-nationalistischen MHP-Partei, die zur zweitgrössten Partei der Türkei aufgestiegen ist und heute mit Ecevit in einer Koalition mitregiert.

Türkische Wissenschaftler und NGOs kritisieren ausserdem, dass auf das kulturelle Erbe in der Region praktisch keine Rücksicht genommen werde. Im Falle des geplanten Baus des Ilisu-Staudamms, der von einem Schweizer Konsortium, bestehend aus Sulzer Hydro, ABB und UBS, geleitet wird, ist das besonders gravierend. Die einzige aus dem Mittelalter als ganze erhalten gebliebene anatolische Kleinstadt Hasankeyf ist dem Untergang geweiht. Hasankeyf hat eine lange Geschichte. Vor vielen Jahrtausenden und Jahrhunderten entstanden hier Fundamente von assyrischer, christlicher, islamischer und osmanischer Kultur. Kirchen, Minarette, Grabstätten und Inschriften zeugen auch von persischer und römischer Vergangenheit. Viele kurdischen Bewohner beklagen denn auch den „Kulturmord“, der an ihrer Tradition und Geschichte begangen werde. Neben Samsat und Halfeti wird Hasankeyf die dritte archäologisch bedeutende Kleinstadt sein, die in den Fluten versinkt. Jahrelange archäologische Arbeit wird übrigens ungeschehen gemacht.

Für viele ist das umso unverständlicher, als an der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Ilisu-Damms gezweifelt wird. In einer Studie zuhanden des Kulturministeriums erwähnt die NGO „Komitee zur Rettung von Hasankeyf“, dass ca. 20 Prozent der elektrischen Energie wegen unsachgemässer Wartung der Anlagen und Überlandleitungen verlorengehe (Hasankeyf Kurtarma Komitesi, 1997). In absoluten Zahlen: 18 Milliarden kWh pro Jahr. Ilisu werde dereinst knapp 4 Milliarden kWh produzieren, also 4,5-mal weniger als die Verluste ausmachen. Würden die bestehenden Anlagen nach Angaben des Rettungskomitees sachgemäss gewartet, dann könnte problemlos auf den Ilisu-Damm verzichtet und so auch die Abwanderung gestoppt werden.

Bis sich in der Türkei und bei den Schweizer Firmen indes solche Überlegungen durchsetzen, werden noch viele kurdische Bauern mit ihren Familien in Apulien ans Ufer springen müssen, um in die Schweiz und nach Deutschland zu gelangen. Dort weiss man dann genau, wie mit den „Wirtschaftsflüchtlings“ und „Asylanten“ zu verfahren ist.

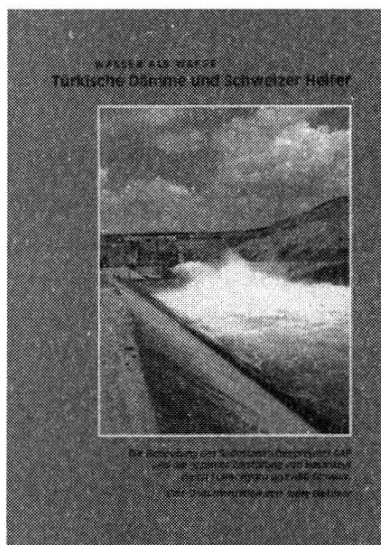
Anmerkungen

- 1 Die Begründung der Exportindustrie für eine ERG ist immer dieselbe. Der Auftrag sichere Arbeitsplätze in der Schweiz, was volkswirtschaftlich von grosser Bedeutung sei. Und überdies würde die ausländische Konkurrenz den Auftrag übernehmen, falls die Schweiz das politische Risiko „Türkei“ nicht versichern wolle. Schon beim Auftrag für den Atatürk-Staudamm überzeugte das Argument der hiesigen Beschäftigungswirksamkeit den Bundesrat. Kurz nach Gewährung der ERG schloss indessen Brown Boveri (BBC, heute ABB) die Schweissabteilung in Baden und lagerte die Arbeit nach Portugal aus. Angesprochen auf die bekannte schlimme Menschenrechtssituation in der Türkei meinte Botschafter Rolf Jeker, Präsident der ERG-Kommission (bis Ende April 99), die dem Bundesamt für Aussenwirtschaft (BAWI) untersteht, dass die Ansprechpartnerin des BAWI nicht die türkische Regierung sei, sondern die Schweizer Maschinenindustrie. Sulzer wiederum sagte, dass sie die türkische Regierung auf abgegebene „commitments“ verpflichten wolle. Beim Ilisu-Auftrag knüpfte das BAWI die Erteilung einer ERG an ein Monitoring vor Ort. Das BAWI will auch alle Länder, die Exportrisikogarantien gewähren, auf denselben Standard bringen, damit die Aufträge in Zukunft nicht ins Ausland abwandern. So oder so bleibt die Tatsache, dass die Erteilung der ERG für Ilisu zahlreiche Richtlinien der OECD zu Umsiedlungen verletzt, ebenso Richtlinien der Weltbank und die UNO-Konvention von 1997 über die nicht-schiffbare Nutzung internationaler Wasserwege.
- 2 Eine ähnliche Wasserpolitik wie die Türkei verfolgt Israel, das 1996 mit Ankara ein strategisches Militärabkommen unterzeichnet hat. Dieses sieht den Transfer von Technologie sowie die Zusammenarbeit beider Länder in der Rüstungs- und Agrarindustrie vor. Seit der Eroberung der Golanhöhen 1967 kontrolliert Israel zwei der wichtigsten Quellgebiete des Jordan nördlich des See Genezareth. Der Baniass-Fluss gelangte ebenso in israelische Hand wie Teile des Yarmuk. Seit dem 6-Tage-Krieg ist Syrien vorwiegend auf das Wasser des Euphrat angewiesen, welches Ankara ihm streitig macht. Seit 1996 ist Syrien auch militärisch eingekreist. Verschiedene Experten vertreten auch die Ansicht, dass Israel 1978 beim „Litanei-Feldzug“ ganz bewusst bis zum gleichnamigen Fluss im Südlibanon vorgestossen ist, um das dortige Wasser zu kontrollieren und zu nutzen.
- 3 Die kurdische Bevölkerung kann keinen Widerstand gegen die Staudämme leisten – im Unterschied etwa zur Bevölkerung entlang des Narmada in Indien, wo Bauern mit Unterstützung von internationalen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen erfolgreich den Bau des Maheshwar-Staudamm bekämpfen. Die deutschen Stromkonzerne VEW und Bayernwerk haben ihre geplanten Investitionen „auf Eis gelegt“ (Frankfurter Rundschau, 23.4.99). In den kurdischen Gebieten tobt nach wie vor ein Krieg gegen die PKK. Wer sich als Kurde offen gegen das GAP stellt, begibt sich in grosse Gefahr. GAP ist Chefsache der türkischen Regierung, Widerstand dagegen aus der Sicht von Ankara „Separatismus“, auf den die Todesstrafe steht. Die PKK hat des öfters erklärt, dass die Staudämme militärische Ziele seien, und das GAP ohne Lösung der kurdischen Frage nicht zu realisieren sei. Von Ankara bewaffnete paramilitärische „Dorfschützer“ bewachen denn auch regelmässig die Baustellen. Aus Protest gegen den geplanten Ilisu-Staudamm sind vergangenes Jahr der Bürgermeister von Hasankeyf und zehn Mitarbeiter aus der ANAP (Mutterlandspartei von Mesut Yilmaz) ausgetreten, als diese noch die Regierung stellte. Die Türkei ist zudem *die* neue Regionalmacht und wird von der NATO bei ihrer Vertreibungspolitik ganz entscheidend unterstützt.

Literatur

- Dietziker, Joerg, 1998: Wasser als Waffe – Türkische Dämme und Schweizer Helfer. Zürich
Erklärung von Bern, EvB, 1998: Communiqué zum Bundesratsentscheid über das Ilisu-Projekt. 30. November, Zürich.
- Hasankeyf Kurtarma Komitesi, 1997: Hasankeyf Yasatilmali. Istanbul
- IHD, Türkischer Menschenrechtsverein, 1997: Monatsberichte. Ankara
- Ihlas Verlag, Economic Dialogue Turkey, 1997: Southern Anatolian Project. Istanbul
- Ministry of Foreign Affairs, 1998: PKK Terrorism. Ankara
- Özgür Politika, 1999: GAP en çok Israil'i heyecanlandirdi, 10. April. Neu-Isenburg
- Republic of Turkey, Prime Ministry, State Planning Organization, 1990: GAP, Final Master Plan Report. Ankara, Tokyo
- TÜSIAD, 1998: Görüş, März 98. Istanbul, Ankara
- Ülkede Gündem, 1998: Kürtleri asimile projesi: Catom, 10 Nisan. Istanbul

Wasser als Waffe Türkische Dämme und Schweizer Helfer



Unter diesem Titel hat der Journalist Joerg Dietziker eine 70-seitige Dokumentation herausgegeben. Sie behandelt die verschiedenen Aspekte des grössten Infrastrukturprojekts in der türkischen Geschichte, des Südostanatolienprojekts GAP. Die strategische Bedeutung der Staudämme in den kurdischen Siedlungsgebieten kommt ebenso zur Sprache wie die sozialen und ökonomischen Auswirkungen auf die Region. Die Schweizer Technologiekonzerne Sulzer Hydro und ABB Schweiz gehören mit ihren Investitionen zu den Gewinnern des GAP, viele kurdische Bauern zu den Verlierern. Die Dokumentation, (A4 broschiert, 70 Seiten, 50 Fotos, ISBN 3-905550-20-2, August 1998) kostet Fr. 18.-, DM 23.-, öS 158.- (+Versandkosten).

Bezug bei: Erklärung von Bern (EvB), Postfach, 8031 Zürich, Tel. ++41 1 271 64 34, Fax ++41 1 272 60 60, E-mail: evb@access.ch